

Allgemeine Zeitung

VERLAG: MAINZ, GROSSE BLEICHE 25
TELEFON-NUMMER 20

Ausgabe Kreis Bingen
NEUER MAINZER ANZEIGER

REDAKTION: MARGARETENGASSE 3
TELEFON-NUMMER 20

Nummer 44

Dienstag, 20. Mai 1947

Preis 20 Pfennig

Verfassungen angenommen in den drei Ländern der französischen Besatzungszone

Die Wahl-Ergebnisse in Rheinland-Pfalz

Parteien	Am 18. 5. 1947		Am 13. 10. 1946		Zu- oder Abnahme in Proz. des Stimmanteils v. Okt.
	absolute Stimmen	in Prozenten der gültigen Stimmen	absolute Stimmen	in Prozenten der gültigen Stimmen	
CDU.	531 978	48	639 949	53,9	- 11
SPD.	381 864	34	364 703	30,8	+ 10,4
KPD.	91 582	8	97 176	8,2	- 2,4
LP.	66 347	6	28 993	2,4	+ 150
SV.	45 336	4	55 789	4,7	- 14,9

Gesamtergebnis

von Rheinland-Pfalz

Wahlberechtigt 1 621 494
Abgegebene Stimmen 1 240 032
Gültige Stimmen 1 121 981

Verfassung

Ja 604 316 = 54,3 %
Nein 503 737 = 45,6 %

Schulbestimmungen (Art. 27-40)

Ja 521 596
Nein 475 523

In Klammern die Wahlergebnisse vom Oktober 1946.

Land Baden:

Wahlberechtigt 694 463
Abgegebene Stimmen 471 388
Gültige Stimmen 427 780
Ungültig 43 114
Wahlberechtigt 67,58 %

Landtagwahl

CDU 239 285 = 55,9 %
(Verlust 25 760 Stimmen)

SPD 95 818 = 22,3 %

(Gewinn 18 586 Stimmen)

KPD 31 701 = 7,6 %

(Verlust 1 932 Stimmen)

Demokr. Partei 80 978 = 14,2 %

(Verlust 2 241 Stimmen)

Verfassung

Ja 298 959 = 67,9 %

Nein 140 188 = 32,1 %

Land Württemberg:

Wahlberechtigt 615 806

Abgegebene Stimmen 408 936 = 66,4 %

Gültige Stimmen 378 098

Ungültig 30 338

Wahlberechtigt 66,4 %

Landtagwahl

CDU 204 927 = 54,2 %

(letzte Wahl 62,8 %)

SPD 78 550 = 20,8 %

(letzte Wahl 19,9 %)

KPD 27 530 = 7,3 %

(letzte Wahl 6,9 %)

Demokr. Partei 66 985 = 17,7 %

(letzte Wahl 10,4 %)

Verfassung

Ja 268 666 = 69,9 %

Nein 116 013 = 30,2 %

Die drei Länder

Nach dem vorläufigen Gesamtergebnis für die Landtagwahlen und die Volksabstimmung in den drei Ländern Rheinland-Pfalz, Württemberg und Baden erhalten:

CDU 894 531 = 52,3 %

(1 179 864 = 57,2 %)

SPD 572 667 = 25,9 %

(526 649 = 25,6 %)

KPD 159 690 = 7,8 %

(161 561 = 7,8 %)

Dem. Partei 240 262 = 13,9 %

(137 831 = 6,7 %)

(Die Zahlen in Klammern geben die Wahlergebnisse vom Oktober 1946 an.)

Die Verteilung der Sitze in den drei Ländern ist folgende:

CDU 118 (bisher 147)

SPD 69 (bisher 66)

KPD 17 (bisher 17)

Dem. u. SV 31 (bisher 23)

Die Gesamtergebnisse betragen in der französischen Zone 72,3 %.

Weitere Wahlergebnisse auf den Seiten 3 und 4



Blick in den Nürnberger Gerichtssaal während des Prozesses gegen 24 ehemalige Direktoren des IG-Farbenkonzerns, die sich wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschheit, Anstiftung von Angriffskriegen und Verschwörung gegen den Frieden zu verantworten haben. (DENA-Bild)

Der föderative Aufbau

Von Erich Dombrowski

Während auf der Moskauer Konferenz noch alle Fragen über die künftige politische Gestaltung Deutschlands offen gelassen wurden, vollzieht sich bereits, von unten herauf, der Neubau. Die Fundamente werden gelegt. Zuerst wurden drei Länder in der amerikanischen Zone gebildet. Dann drei weitere im britischen Besatzungsbereich. Darauf folgte die Aufrichtung von noch einmal drei Einzelstaaten in dem französischen Okkupationsgebiet. Alles geschah zunächst auf Anordnung der Militärbehörden. Dann aber wurde das Schicksal jedes dieser staatlichen Gebilde in die Hände der Bevölkerung gelegt, welche die von ihren eigenen Vertretern ausgearbeitete Verfassung annehmen oder ablehnen konnte. Bisher jedoch sind alle die vorgelagerten Verfassungen, zum Teil nach heftigen parteipolitischen Auseinandersetzungen, mit mehr oder minder großen Mehrheiten gutgeheißen worden. Das ist am vergangenen Sonntag auch in den drei Ländern der französischen Zone der Fall gewesen. Damit schließt sich allmählich der föderative Ring Deutschlands, und nur noch die fünf kleineren Staaten, die in der russischen Zone ins Leben getreten sind, haben sich ihre verfassungsmäßige Untermauerung zu geben. Künftig wird es also in den deutschen Ländern vierzehn Staaten geben. Insbesondere wird von der Militärbehörde, des Volkes Willen hat also gesprochen, und dieser Volkswille hat in seiner Majorität, nach den unseligen Erfahrungen eines zentralistischen und imperialistischen Deutschen Reiches, die sich in der jüngsten Vergangenheit, trotz des immer stärker anwachsenden Druckes der Reichsmaschine, ihren bodenständigen Charakter zu erhalten, verstanden hatten, haben an der föderativen Verfassung festgehalten. In Rheinland-Pfalz ist sie nur mit der verhältnismäßig knappen Mehrheit von etwas über vierundfünfzig Prozent durchgegangen. Wie ist das zu erklären? Rheinland-Pfalz besteht aus drei bevölkerungspolitisch gesonderten Teilen: aus der früheren preußischen Rheinprovinz, wenigstens der größeren Hälfte davon, aus dem ehemaligen Großherzogtum Rheinlauen und aus der bayerischen Pfalz. Die Rheinprovinz hat sich, in ihrer freien, in ihrer demokratischen Lebensart, nie wohl unter der preußischen Zuchttrute gefügt. Daher war hier die Reaktion auf die Verfassungsbildung bei den Wahlen besonders stark, und eine überraschend große Mehrheit trat mit ihrem Stimmzettel entschieden für ein föderatives Eigenland ein. Das Großherzogtum Hessen dagegen war seit jeher der liberale und fortschrittliche Gliedstaat des alten Reiches, und auch die bayerische Pfalz erfreute sich stets einer legeren Zügelhaltung von München aus. Daher wurde der föderative Verfassung hier gefühlsmäßig ein geringeres Interesse entgegengebracht, und man lehnte sie ab. Dabei haben allerdings auch nicht unwesentlich die parteipolitischen Verhältnisse mitspielt. Die Haltung der sozialistischen Linken, die hier große Massen hinter sich hat,

war nicht zuletzt ausschlaggebend dabei. Selbst die Demokraten, in ihren beiden Schattierungen, haben sich zu einem Teile nicht an die Parole für die Zustimmung zur Verfassung gehalten.

Noch eins kommt hinzu, daß bei allen politisch-psychologischen Erwägungen mit in Anschlag gebracht werden muß: Die Wahlverluste, die erst letzthin, vor vier Wochen, bei den Wahlen in der britischen Zone sich so peinlich bemerkbar gemacht hat. Dreißig Prozent der Wähler hatten es einfach nicht der Mühe für wert gehalten, zum Abstimmungslokal zu gehen. In Baden und Württemberg wurde diese Ziffer jetzt noch um einige Prozent überschritten. Das ist bedauerlich. Aber es ist nun einmal so, daß erhebliche Teile der deutschen Bevölkerung, nicht zuletzt die Jugend, noch immer nicht aus ihrer politischen Lethargie, um nicht zu sagen Gleichgültigkeit, erwacht sind. Wenn diese abseits stehenden Leute nicht einmal ein aktives Interesse an der Schicksalsfrage ihres Landes nehmen, an der verfassungsmäßigen Grundlage ihres künftigen politischen und staatlichen Daseins, dann haben sie auch jede moralische Rechtfertigung nachträglichen Nörgelns und Kritizierens verloren. Passivität, in welcher Form auch immer, ist heute ein Vergehen an der Gemeinschaft. Aktivität ist alles. Es allein kann uns aus dem Schutt und den Trümmern wieder herausbringen. In Rheinland-Pfalz war die Wahlbeteiligung demgegenüber verhältnismäßig günstig, da nur etwa gute dreißig Prozent der Wahlberechtigten dem Wahllokal fern blieben. Getrübt wurden die Wahlergebnisse auch durch die nicht wenigen ungültigen Stimmen, die sich zum Teil aus der Abgabe drei verschiedener Stimmzettel ergaben, für die zwei gesonderten Urnen jeweils zur Verfügung standen. Auf der anderen Seite hatte sich die Zahl der Wahlberechtigten gegenüber den parlamentarischen Wahlen im Oktober vorigen Jahres, nicht unbeträchtlich erhöht. Daraus erklärt sich zum Teil auch die Verschiebung der für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen. Im großen und ganzen kann man sagen, daß die eigentlichen Gewinner der Wahlen die Sozialdemokraten und die Demokraten sind, während die Christlichen Demokraten, Euthymen, und die Kommunisten, ihnen gegenüber, nicht ganz behaupten konnten. Besonders deutlich tritt das in Rheinland-Pfalz zu Tage. Dementsprechend verschieben sich die neuen Landtage der drei Staaten in der französischen Zone zusammensetzen. Theoretisch haben die Christlichen Demokraten in Baden eine absolute Mehrheit, wären also in der Lage, von sich allein aus eine tragfähige Regierung zu bilden. Wahrscheinlich aber ist es, daß sie mit den Demokraten, die dort für die Verfassung mitgestimmt haben, eine Koalition bilden werden. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Württemberg. Auch da verfügen die Christlichen Demokraten über eine absolute Mehrheit, werden es aber wohl ebenfalls vorziehen, mit den Demokraten eine Verbindung einzugehen, um ihre Position auf eine breitere Grundlage zu stellen. Auf diese Weise würde man wieder zu klaren parlamentarischen Verhältnissen von Regierungen- und Oppositionsparteien kommen und über das nicht gerade ermutigende Beispiel einer Koalition sämtlicher Parteien hinwegschreiten, die alle politischen Konflikte verwischt und alle Verantwortungen unklar vor der Bevölkerung werden ließ. Dieser erste laumelnde Gehversuch einer parlamentarischen Übung, nach der zwölfjährigen Diktaturperiode Hitlers, wird damit hoffentlich abgeschlossen sein.

Die Dinge in Rheinland-Pfalz, wie sie sich aus den Wahlen ergeben haben, bedürfen einer besonderen Würdigung. Hier

Der Mainzer Bischof in Frankreich

Befriedigende Nachricht von unseren Kriegsgefangenen

B.G. Zwölf Tage lang reiste der Mainzer Bischof Dr. Albert Stohr in der ersten Maihälfte durch Lager und Außenkommandos, Krankenhäuser und Spitäler der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich. Die französische Regierung hatte im Ministerium für Deutschland die Empfehlung der Reichsregierung ohne weiteres erteilt. In der Begleitung des Bischofs befand sich Universitätsprofessor Dr. Schmitt, der unsere Redaktionsmitarbeiter die nachstehende, in allen Teilen bemerkenswerte Schilderung des Bischofs-Besuchs bei unseren Kriegsgefangenen gab.

Am Morgen des 2. Mai trafen wir unsere Reise an. Der französische Heeres-Hauptquartier-Befehlshaber, der Generalleutnant von Fleury, und der österreichische, Savary, Mrs. Jagard, begrüßten uns am Pariser Ostbahnhof als Gäste der französischen Regierung. Das Hotel „Lutetia“ wurde unser Quartier, von dem aus wir während unseres Aufenthaltes die Kriegsgefangenen-Lager der näheren und weiteren Umgebung besuchten. Nur eine Nacht verbrachten wir außerhalb der Hauptstadt, und zwar in Lisieux, um von dort aus am anderen Tage die Lager und Kommandos des Normandes schneller erreichen zu können. Insgesamt legten wir von Paris aus auf den Fahrten zu den Lagern über 2000 Kilometer zurück. Das französische Außen- bzw. ein herrliches Panorama stellten uns dafür zwei Wagen bereit.

Heimatgruß — helles Licht

Die noch aus französischem Boden in Kriegsgefangenschaft lebenden deutschen Männer sind über das ganze Land verstreut. In den großen Lagern trifft man gewöhnlich nur noch die Stamm-Mannschaften an. So sah das Lager von Fleury zur Orne bei Caen 10 000 Mann Belgisch aus. Überwiegend Teil jedoch auf 800 Außenkommandos aufgeteilt. In Wiederaufbau, Landwirtschaft und Industrie sind die drei großen Beschäftigungsgruppen. Über 2000 Mann leben als landwirtschaftliche Arbeiter bei ihren bäuerlichen Arbeitgebern. Sie sind natürlich bei einer kleinen Pflanzung nicht zu erreichen, es sei denn, man könnte — was uns zum Glück nicht gelang — dem einen oder anderen Kommando folgen. Diese Einzelarbeit traf unser Glück, ob plötzlich vor ihnen ein helles Licht aufleuchtete. Ein Händedruck — dann nach der Heimat — ein herrliches Panorama — und weiter mußte die Fahrt zu La Brea und Kommandos gehen.

Zehntausenden ein Erlebnis

Wir besuchten die Lager von Cornille, Denis bei Paris, Evreux, Fleury, Châte-

Befriedigende Verhältnisse

Sowohl diese persönlichen Bekanntheit, wie auch alle anderen Männer berichten übereinstimmend, daß Ernährung, Unterkunft und Behandlung in der französischen Zone befriedigend sind. Unsere Kriegsgefangenen in Frankreich erhalten nicht nur durch die Behörden des Landes alle notwendigen Mittel zu ihrem Unterhalt, sie werden darüber hinaus aus allen Teilen der Welt — vor allem auch aus Frankreich selbst — ständig mit Liebesgaben und Geldsendungen versorgt. Um einen Begriff von der Normalverpflegung zu erhalten, ließen wir uns in drei Lagern das übliche Essen ohne jede Sonderzustat geben und fanden dabei das Urteil unserer Männer bestätigt.

Wir hörten von den regelmäßigen Zusendungen des Vatikans und des päpstlichen Nuntius in Frankreich, von den großen Anstrengungen der französischen Caritas (Secours de catholiques) und des französischen Heeres-Hauptquartiers. Französische katholische Ordensgemeinschaften und Familien haben sich freiwillig verpflichtet, möglichst allmonatlich an unsere Männer Pakete zu senden. Die amerikanischen katholische Wohlfahrtsvereine und die Vereinigung der christlichen Männer (YMCA) sind gleichfalls ständig auf Hilfe für unsere Kriegsgefangenen bedacht. Die französische Organisation zur Betreuung unserer Kriegsgefangenen ist von einem Geistlichen aufgebaut worden, der vor drei Jahren von der Gestapo zum Tode verurteilt wurde. Dieses internationale Bestreben nach Hilfe für unsere Kriegsgefangenen hat uns tief bewegt erkennen lassen, wie sehr sich Frankreich und die Welt bemühen, uns vom Herzen her wirksam näher zu kommen.

20 000 kehren möglichst zurück

Das einzige Leid, das vorläufig nicht geholt werden kann, aber doch schon mit jedem in die Heimat rollenden Entlassenen Zug gelindert wird, ist das Heimweh unserer Männer. Daran wird jeder leiden, so lang er diese unabhängige Folge des Krieges tragen muß. Aber auch dieses Leid wird durch die monatliche Rückführung von 20 000 Männern, die nach den Worten der französischen Regierung absichtlich ist, sowie durch die Überführung anderer Männer, die freiwillig noch ein Jahr lang ihre Arbeitspflicht erfüllen wollen, entgegengewirkt.

(Fortsetzung Seite 2)

Ist alles nicht so einfach, parteipolitisch klar abgegrenzt, wie in Baden und Württemberg. Hier ist durch die Wahlen eine gewisse Scheidung zwischen dem Rheinland auf der einen Seite und Rheinhessen sowie Pfalz auf der anderen Seite zu Tage getreten. Im Rheinland ging die Verfassung, gingen die Schulbestimmungen mit großer Mehrheit durchs Ziel, während in Rheinhessen und in der Pfalz eine Majorität sich deutlich gegen beides aussprach. Nur dadurch, daß das Rheinland durch seine weit größere Bevölkerung ein numerisches Übergewicht hatte, fiel in der Gesamtbestimmung der Volksentscheid zu Gunsten der Verfassung und der Schulbestimmungen aus. Aber das Mehr an Stimmen, das dabei herauskam, ist so knapp, daß beides, sowohl Verfassung wie auch Schularartikel, mit nur wenigen Prozenten über der Hälfte das Rennen machte. Das wird der Regierung, die sich nun aus dem neuen Landtag herauszukristallisieren hat, besondere Verpflichtungen der Rücksicht auferlegen. Sie wird alles zu vermeiden haben; um den Anschein auch nur aufkommen zu lassen, daß die gesamte Staat Rheinland-Pfalz aus einer Koalition bestehende Parteienchablone, von Koblenz aus regiert wird. Man wird sich immer vor Augen halten müssen, daß die drei Glieder des Landes ihre eigene Struktur, ihre eigene politische und kulturelle Besonderheit, auch ihre eigenen sozialen Ansprüche haben und danach handeln. Höchst unklug wäre es zum Beispiel, wenn man nun, die Möglichkeiten der Schularartikel in der Verfassung ausnützend, überall das Ventil zur Eröffnung von Bekenntnisschulen aufmachen würde. Gerade in diesem Punkte hat die Abstimmung in Rheinhessen und in der Pfalz unzuweilend ergeben, daß die Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit an den nun schon seit fast einem Jahrhundert bestehenden schulischen Verhältnissen, an der christlichen Gemeinschafts- oder Simultanschule, nicht zu rühren wissen will. Vor den Wahlen haben die Christlichen Demokraten in internen Besprechungen die Versicherung abgegeben, daß an dem gegenwärtigen Stande dieser schulischen Lage nichts geändert werden solle. Im Interesse des kulturellen Friedens, nicht zuletzt auch im Interesse der staatlichen Finanzen, die mehr denn je

von dem Grundsatz der Sparsamkeit sich leiten lassen müssen, darf man erwarten, daß diese gegebenen Zusicherungen nun auch eingehalten werden. Nicht bloß heute und morgen. Es würde ein höchst unerfreuliches Schauspiel abgeben, wenn die Schlossen geöffnet und nun in jeder kleinen oder großen Gemeinde je dreißig Eltern ohne weiteres die Möglichkeit gegeben würde, katholische, evangelische oder freireligiöse Schulen zu errichten und das auf gemeinschaftlich christlicher Basis aufbaute Simultanschulen aufzulösen und zu zerstören. Wenn die Christlichen Demokraten sich mit den Demokraten in einer Koalition befinden sollten, wie das wohl beabsichtigt ist, so würde durch eine solche Regierungspolitik von vornherein auch ein gewisser Ausgleich gegeben werden, der Konflikte in der Schulfuge ausschließt, wenigstens nach der Richtung hin: Simultan- oder Bekenntnisschule? Auf alle Fälle verfügen die Christlichen Demokraten in Rheinland-Pfalz über keine absolute Mehrheit wie in Baden und Württemberg und müssen, um eine Regierung zustande zu bringen, bei einer derartigen Koalition auch mit den übrigen Parteien rechnen, daß die sozialistische Linke nunmehr die Stellung einer Opposition beziehen wird, was ihr um so leichter nach dem Teil recht unerquicklichen Auseinandersetzungen mit ihren früheren Koalitionspartnern fallen dürfte. Die Regierungspolitik würde dadurch nur an Akkuratheit und Aktivität gewinnen, wenn sie, von der Opposition unter schärfter Kontrolle gehalten, ihren Weg zu gehen hat und dabei immer wieder durch Angriffe und Entschuldigungen der Opposition ermuntert wird. Die kann sozial, wirtschaftlich und kulturell nur dem Ganzen dienen. So bedeuten die Wahlen, in allen drei Ländern der Zone, einen kräftigen Ruck nach vorwärts, einen uneingeschränkten Fortschritt, und an der künftigen Regierung und an den Parteien wird es liegen, sich dieser Möglichkeiten nun auch kritisch zu bedienen. Die Presse, als Sprachorgan der Bevölkerung, nicht zum wenigsten auch die neu erscheinende Parteipresse, wird es an der Mitarbeit kritisch und vorwärtstreibend, zum Wohle des nunmehr verfassungsmäßig gesicherten neuen Staates nicht fehlen lassen.

Der Bischof von Mainz in Frankreich

Fortsetzung von Seite 1

In den Bergwerkslagern von St. Avoird und in einigen Kommandos hörten wir, daß unsere Leute seit dem April in französischen Bergarbeitern in Löhnen und Ernährung völlig gleichgestellt seien. Die Hälfte der Arbeitslosen kann in die Heimat gesandt werden, die andere Hälfte dient zur Deckung der persönlichen Ausgaben. Innerhalb eines Monats werden die bestimmten Plätze wurden im Lager St. Avoird von unseren Männern 4000 Eier gekauft. Die Lagerkantine, die wir in allen Lagern reichlich versorgt voranden, tragen ebenfalls zur Erleichterung der Lage bei.

Die harte Anfangszeit

Sprachverständlich sprechen wir auch über die ersten harten Monate der Nachkriegszeit. Wir besuchen auch die Lager-Friedhöfe. Die letzten Grabsteine in Lager Chartres weisen auf den kritischen September-Monat 1945 hin, auf eine schwierige Zeit nach dem katastrophalen Kriegsende, die ja auch das französische Volk in tiefer Not sah. Mit großen Anstrengungen der französischen Dienststellen und freiwilligen Hilfsorganisationen, sowie unter heftiger Anteilnahme der französischen Öffentlichkeit, wurden aber Ende 1945 die Hauptkrisen behoben. Die Lage unserer Kriegsgefangenen besserte sich seitdem von Monat zu Monat. Arbeiten in den Lagerrevieren und manche Spätkriegsgefangenen haben wir abgearbeitet und ausgezeichnete Gestalten nicht mehr gesehen.

Besseres Verstehen

Die aus naheliegenden Gründen anfänglich sehr schlechte Stimmung gegenüber den Deutschen hat sich wesentlich gebessert. Wie wurden von den verschiedenen Stellen der französischen Regierung mit dem größten Entgegenkommen aufgenommen und durch einen eigenen Herrenbesuch, wurden aber einem echten und langen Frieden wirksam vortragen. Einem Mit-

Empfang durch Bidault

Obwohl der französische Außenminister Bidault am Tage unserer Vorstellung durch den gleichzeitigen Besuch Churchills mehr als beansprucht war, widmete er uns doch eine halbe Stunde seiner kostbaren Zeit. Aus den Worten, die er an uns richtete, fühlten wir das ehrliche Streben eines Mannes heraus, dem der Aufbau eines echten und friedlichen Abendlandes mehr als eine nur diplomatische Angelegenheit ist.

Selbstverständlich verbanden sich mit dem Besuch des Bischofs in den Lagern auch Gottgedanken. Sie wurden in ergreifenden Stunden. In verschiedenen Lagern wirkten dabei das gesamte Lagerorchester und große Chöre mit tiefbewegter Lautstärke den mehrstimmigen Chören, unter denen in zwei Lagern das Händelsche „Halleluja“ zu hören war. Wieviel Begegnung zu echter Herzenskraft lag in diesen Sängern!

Unsere gesamte gestaltete sich schließlich nicht nur zu einem lebendigen und stärkenden Gruß der Heimat an unsere Väter und Brüder auf französischem Boden, wir nahmen auch den Auftrag der Männer mit, die Heimat zu gründen aus Herzen-voll Heimweh und Hoffnung.

„Kein Jugend-Dienstgesetz“

Die Darstellung des Landesabstimmungs-

Zu der Mitteilung des Ministeriums für Wiederaufbau und Verkehr von Rheinland-Pfalz in unserer letzten Ausgabe nimmt das Landesabstimmungs Neustadt wie folgt Stellung: Der Entwurf über die Schaffung eines Jugenddienstgesetzes ist nicht vom Landesabstimmungs Neustadt ausgearbeitet worden, es handelt sich vielmehr um eine private Arbeit, die lediglich einigen Personen des öffentlichen Lebens, nicht aber der Militärregierung oder der Landesregierung vorgelegt wurde. Der Verfasser des Entwurfs wollte lediglich einmal die Diskussion über eine stärkere Beteiligung der Jugend an den Wiederaufbauarbeiten in Gang bringen. Er ist der Ansicht, daß man nicht allein von den Männern verlangen könne, die nach jahrelanger Abwesenheit erst jetzt aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrt sind.

Kriegsgefangenen-Guthaben

werden in Mark ausbezahlt

Hamburg. (DPA) Ehemalige deutsche Kriegsgefangene, die im Besitz von Kreditzertifikaten in Pfund Sterling sind und in der amerikanischen, britischen oder französischen Zone zum Auszahlung auf Antrag den Gegenwert in Mark ausbezahlt. Der Gegenwert in Mark wird zu einem Wechselkurs von 15 Mark für ein Pfund Sterling berechnet. Die Auszahlung muß beantragt werden bei dem Oberfinanzpräsidenten, Abrechnungsstelle für Kriegsgefangenen-Gelder, Hamburg II, Ruedigerstr. 31. Es ist erforderlich, daß die An-

Wald in Gefahr

Ein Mahnruf an die Bevölkerung

Koblenz. Von der Landesregierung Rheinland-Pfalz schreibt man uns: In erschreckendem Maße häufen sich in letzter Zeit die Waldbrände, die Tag für Tag große Teile unserer wertvollen Wälder vernichten. Wald ist Volksvermögen! Darum: Rauche nicht im Walde. Zünde kein Feuer an im Walde. Verleihe den Abstreifen von Blättern oder Geröll in der Nähe des Waldes!

Jeder, der einen Waldbrand entdeckt und ihn allein löschen kann, hat zur sofortigen Meldung bei der nächsten Forstbehörde oder dem Bürgermeister der nächstgelegenen Ortschaft verpflichtet. Jeder, der von Forstbeamten oder der Polizei zur Löschung aufgefordert wird, hat diese Aufforderung unverzüglich Folge zu leisten. Nichtbefolgung steht unter Strafe.

Kurz und bündig

USA-Notstandshilfe angenommen

Washington. (BBC) In Washington nahm ein gemeinsamer Ausschuss des Repräsentantenhauses und des Senats einen Gesetzentwurf an, in dem 350 Millionen Dollar für Notstandshilfe in Europa und Ostasien vorgesehen werden, wenn die UNRRA ihre Tätigkeit am 30. Juni beendet.

Amerikanischer Mal für Frankreich

Washington. (Süddeu.) Das Staatsdepartement teilte mit, daß das Landwirtschaftsministerium Frankreich zusätzlich 150 000 Pfund Mais zur Verfügung stellen wird, unter der Voraussetzung allerdings, daß Frankreich selbst für den Abtransport sorgt.

General Keys bei McClark ab

Washington. (BBC) Präsident Truman ernannte Generalleutnant Keys zum obersten Vertreter der Vereinigten Staaten im alliierten Rat für Österreich. Keys tritt an Stelle von General McClark, der einen Posten in den Vereinigten Staaten übernimmt. Eine Zeitung war Keys der Kommandeur der amerikanischen Truppen in Deutschland und Stellvertreter General McClarks beim Alliierten Rat.

Churchill über Englands Krise

Edinburgh. (Süddeu.) Churchill unterstrich in einer Rede anlässlich einer Versammlung der Konservativen Partei in April, daß England das schwerste Problem der Wirtschaft und Finanzkrisis der Großbritannien zur Zeit unterliegt. Er sei die schwere Wirtschaft- und Finanzkrisis, die England jemals kennengelernt habe, erklärte Churchill.

Bevin besucht die britische Zone

London. (BBC) Im Foreign Office wird bestätigt, daß Außenminister Bevin sich nach Deutschland begeben will, um sich von der Lage der Bergwerke und der Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie in der britischen Besatzungszone selbst zu überzeugen.

Pariser Mühlen wieder in Betrieb

Paris. (Süddeu.) Mit 261 gegen 108 Stimmen beschloßen die Arbeiter der Pariser Kornmühlen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Schweiz lehnt Planwirtschaft ab

Bern. (Süddeu.) Die sozialistische Forderung nach einer Reform der Wirtschaft und des Arbeitsrechts, über die sich das Schweizer Volk am Sonntag zu entscheiden hatte, wurde mit 868 581 gegen 245 356 Stimmen abgelehnt. Beinahe 90 Prozent stimmten für die Verhinderung der Planwirtschaft und für Verstaatlichung der Schlüsselindustrie.

Russisches Erbe zurückgewinnen

Brüssel. (DNB) Die belgische Regierung hat das Erbe der Sowjetregierung zurückgewonnen, die belgischen, polnischen und ukrainischen Flüchtlinge, die jetzt in

belgischen Bergwerken beschäftigt sind

zu repatriieren. Eine Bombe wurde durch ein Fenster der Sowjetgesandtschaft in Helsinki geworfen. Es wurde nur leichter Schaden angerichtet. Die sowjetischen Reparationsbehörden haben der finnischen Polizei drei Tage Zeit eingeräumt, um den Täter dingfest zu machen.

Rückzahlung der Kriegsschulden gefordert

Moskau. (Dena) Der persische Botschafter in Moskau forderte die Rückzahlung der 20 Millionen Dollar Kriegsschulden an Persien. Sowjetische Behörden haben die Rechtmäßigkeit des Anspruchs anerkannt. Ungefähr zwölf Millionen Dollar sollen in Gold und acht Millionen in Papierwährung gezahlt werden.

Wirtschaftsbesprechungen der Westmächte

London. (BBC) In Paris begannen Besprechungen zwischen Vertretern der britischen und der amerikanischen Zone Deutschlands mit Delegierten der französischen Zone zur Verbesserung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen.

Erhöhung der Brotration in Bayern

Stuttgart. (Süddeu.) Der bayerische Landwirtschaftsminister Josef Baumgartner versicherte, daß die Brotration in Bayern von 1000 auf 2000 Gramm erhöht werden wird. Die Gewerkschaften erklärten daraufhin, sie würden sich dafür einsetzen, daß Streiks und öffentliche Demonstrationen in Bayern vermieden werden.

Reparationsgüter aus der russischen Zone

Berlin. (Süddeu.) Als Reparationen wurden insgesamt 80 358 Tonnen Güter aus der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland bis zum 31. März 1947 geliefert, von denen die Sowjetunion und Polen 95 Prozent erhielten. Ende März 1947 sind als 301 Betriebe im Werte von ungefähr 325 Millionen Mark gewesen, die für Reparaturzwecke abgebaut wurden.

Todesurteile in Straßburger Gestapo-Prozess

Straßburg. (SWF) Das Militärgericht in Straßburg fällt das Urteil im Gestapo-Prozess. Iselhorst, Gebrunn, Brunner, Stalk, sowie sieben weitere abwesende Angeklagte wurden zum Tode verurteilt.

Verfahren gegen Maler eingestellt

Stuttgart. (Dena) Das Spruchkammerverfahren gegen den württembergisch-badischen Ministerpräsidenten Dr. Maler ist auf Grund des Spruchkammerbescheides eingestellt. Die Spruchkammer hat entschieden, daß Dr. Maler von dem Gesetz nicht betroffen werde, da die Prüfung des Beweismaterials ergeben habe, daß er einer der schärfsten Gegner des Nationalsozialismus war.

„Berlin am Mittag“ verboten

Berlin. (Süddeu.) Die Zeitung „Berlin am Mittag“, die die Stelle der früheren po-

pulären Berliner „B. Z. am Mittag“ einnimmt, wurde zum zweiten Male durch das sowjetische Militärkommando besetzt. Die Zeitung wird verboten und hat eine hohe Geldstrafe zu zahlen. Die Straftat ist nach dem Gesetz der Zeitung zugeordnet, weil sie mehrfach die französische Regierung angegriffen hatte. Sie hatte zu fließen lassen, daß Ramadier unter politischen und finanziellen Einwirkung der Vereinigten Staaten sich von den kommunistischen Mitgliedern seines Kabinetts trennt habe.

Kesselrings Verteidiger legt Berufung ein

Venedig. (Süddeu.) Der Verteidiger des durch das britische Militärgericht von Venedig zum Tode verurteilten Feldmarschalls Kesselring, Rechtsanwalt Laternser, hat gegen das Gerichtsurteil Berufung eingelegt. Laternser erklärte, daß Kesselring niemals um Gnade bitten würde, daß er bis zu aufersten aber kämpfen werde, um sein Recht zu verteidigen.

Zwanzigprozentige Vorkriegsproduktion

Berlin. (Süddeu.) Die Siemens-Werke in Berlin, eine der bedeutendsten deutschen Firmen für den Bau von Elektrogeräten, die bei Kriegsende nur noch über zehn Prozent ihrer Maschinenpark verfügte, arbeitet jetzt zu ungefähr zwanzig Prozent ihrer Vorkriegskapazität.

Autobahnverbindung wieder hergestellt

Stuttgart. (Eig. Bericht.) Drei Autobahnen wurden im Anwesenheit des amerikanischen Militärkommandeurs für Württemberg-Baden, Dr. Reinhold Meier und anderer hoher Vertreter deutscher und amerikanischer Behörden dem Verkehr übergeben. Durch ihre Fertigstellung ist nunmehr die Verbindung zwischen Karlsruhe und Stuttgart wieder hergestellt.

Wiechert hielt in Dachau die Totenrede

Frankfurt. (Dena) Der Dichter Ernst Wiechert hielt am Vorabend seines 60. Geburtstages bei der Eröffnung der ersten Dachauer Gedächtniskundgebung die Totenrede. Ueber 1500 ehemalige Insassen des Konzentrationslagers Dachau waren an der Feier verwirklicht.

Zoologische Gärten nach Rußland verladen

Leipzig. (Eig. Meldung.) Die Zoologischen Gärten in Leipzig und Halle sind geschlossen worden. Ihr Tierpark sowie sämtliche Einrichtungen werden nach Kiew verladen.

Modenschau gewaltsam verhindert

Berlin. (SWF) Demonstrationen haben in Westberlin (Sowjetzone) die Eröffnung einer von einer deutschen Exportfirma veranstalteten Modenschau verhindert. Eine 60 SED-Leute drangen mit dem Ruf „Nie wieder mit dem Luxus, zerschneidet die Kleider und macht Wäsche für unsere Kinder“ in die Ausstellungsräume ein. Als sie bis zum Abend besetzt hielten, wurden Zwischenfälle wurden nicht gemeldet.

„Die letzte Chance“

Bidault über die nächste Außenministerkonferenz

Paris. (Dena) Der französische Außenminister Bidault erklärte auf seiner ersten Pressekonferenz seit der Moskauer Tagung des Außenministers, die Konferenz der vier Großen im Herbst sei die letzte Chance für eine vermittelte Welt, wahren Frieden und Einheit zu erreichen.

Frankreichs Mittelrolle

Bidault fuhr fort, es sei für die Londoner Konferenz unerlässlich, ein Übereinkommen über die deutschen und österreichischen Verträge zu erzielen, denn die Zeit werde immer knapper. Die Möglichkeit eines Krieges sei völlig ausgeschlossen, jedoch erbehe sich vor der Welt die Frage, welche Art von Frieden das Ergebnis der nächsten Außenministerkonferenz sein werde. Auf die Frage nach dem französischen Kurs bei einer möglichen Ost-West-Tafelung erklärte Bidault, er möchte darüber nicht sprechen, solange diese unglückliche Möglichkeit noch keine Tatsache sei. Frankreich habe zu wenig Bewegungsfreiheit, um jemals ein Mittler zwischen dem östlichen und westlichen Völkern sein zu können.

Erster Fehlschlag wieder gutzumachen

Der französische Außenminister beklagte, daß als einziges Ergebnis der Moskauer Konferenz die Meinungen der Großen über die deutschen und österreichischen Probleme klar festgelegt wurden. Er glaube jedoch, daß dieser erste Fehlschlag wieder gutzumachen sei. In Bezug auf die Saarfrage verwies der Minister darauf, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien die wirtschaftlichen Ansprüche Frankreichs unterstützen hätten, und daß man zu einem Abkommen über die deutschen Währungsleistungen gelangt sei. Die Politik der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zum künftigen politischen Status Deutschlands lehne sich eng an die französische Auffassung an.

Frankreich zur deutschen Krise

(Von unserem Pariser Berichterstatter) k. Paris. Die Deutschlandfrage beschäftigt zuerst in hohem Maße die französische Öffentlichkeit. Obwohl man heute in Frankreich selbst mit erheblichen Lebensmittelschwierigkeiten zu kämpfen hat, ist man doch der Ansicht, daß Deutschland gehalten werden müsse, sobald als möglich aus seiner tragischen Situation herauszukommen. Die französischen Kommunisten machen jedoch der Regierung den Vorwurf,

gehandelt habe, der inzwischen durch die Herinnahme eines entsprechenden Quotums von amerikanischen Getreide zugeflogen sei. Es sei irreführend, wenn man das in einem soeben veröffentlichten Aufsatze der Kommunisten geschehe, die Mobilisierungen an die französische Besatzungszone für die gegenwärtigen Brotschwierigkeiten in Frankreich mit verantwortlich gemacht werden. Richtig sei allerdings, daß die Verpflegung der in Deutschland tätigen Franzosen, insbesondere der Personal der französischen Verwaltungsbehörden, seit dem 1. Januar 1947 vollständig aus Frankreich erfolge und daß, wenn dies nicht beseitigt werden würde, es bald hierfür Lebensmittel an Ort und Stelle in Anspruch genommen werden, was dann der Besatzungszone durch Lebensmittelentnahmen aus Frankreich ersetzt werden.

Man spricht zuviel von Krieg

Eine neue amerikanische Atom-Waffe?

Washington. (SWF) Der frühere amerikanische Außenminister Byrnes hat in einer Rede in Washington den heikelsten Punkt der internationalen Lage berührt, als er sagte, man spreche in den Vereinigten Staaten ebenso wie in Rußland viel zu viel von Krieg und viel zu wenig von Frieden.

Weder das amerikanische noch das russische Volk wünsche den Krieg. Wenn trotzdem ein Konflikt ausbrechen sollte, so nur infolge der Unfähigkeit der Staatsoberhäupter. Die Vereinigten Staaten hätten die Sowjetunion lassen lassen, daß sie kein Recht habe, den Frieden zu diktieren. Aber auch die Vereinigten Staaten könnten ein solches Recht nicht für sich in Anspruch nehmen, sagte Außenminister Byrnes.

Dieser Ansicht des amerikanischen Politikers, die jeder vernünftige Mensch unterstützen wird, ist ein Vorschlag im Militärausschuss des amerikanischen Senats gegenübergestellt. Dort erklärte ein Sachverständiger, Rußland erzeuge gegenwärtig mehr Militärflugzeuge als die Vereinigten Staaten und sei deshalb in der Lage, im Falle eines Konfliktes die englische Industrie innerhalb von 48 Stunden zu vernichten. Dieser sensationellen Meldung wird die Mitteilung eines Mitglieds des Senats hinzugefügt, der sagte, nach einer Erklärung des stellvertretenden amerikanischen Verteidigungsministers, daß die Produktion von 40 000 Flugzeugen geplant sei, sei es nicht anzunehmen, daß diese Zahl selbst vermindert würde, ganz im Gegensatz zur amerikanischen Flugzeugproduktion.

Ein anderer Sachverständiger kündigte an, der gleichen Stelle eine neue Atomwaffe zu entwickeln.

Sie besteht in einer radio-aktiven Wolke, die von Flugzeugen in großer Höhe gebildet werden kann und weit gefährlicher ist als die gegenwärtige Atom-bombe.

Ein Atom-Kraftwerk

In England geplant

London. (Süddeu.) In Drigg in der Grafschaft Cumberland soll ein Atomkraftwerk „Daily Express“ zufolge ein Elektrizitätskraftwerk errichtet werden, das die Atomkraft ausnützt. Falls der Versuch gelingt, wird dieses Kraftwerk, dessen Baukosten sieben Millionen Pfund betragen werden eine Kapazität von 75 000 Kilowatt besitzen.

Vollsetzung der UN. beendet

Untersuchungs-Ausschuss für Palästina eingeleitet

New York. (Süddeu.) Trotz der heftigen Opposition der Vereinigten Staaten bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen, einem Untersuchungs-Ausschuss ernannt, dem 11 neutralen Länder angehören und der beauftragt ist, die Möglichkeit einer Lösung des Palästina-Problems zu prüfen und der ordentlichen Sitzungsperiode der Generalversammlung im September 1947 einen Bericht vorzulegen. Eine Resolution wurde mit 46 gegen die 13 Stimmen der arabischen Staaten angenommen. Ein einziges Land enthielt sich beim Abstimmungs. Mit dieser Schlußabstimmung der Versammlung wurden gleichzeitig die Arbeiten des außerordentlichen Sitzungsorgans abgeschlossen.

Einzel- und Gesamt-Ergebnisse der Wahlen

Städte und Kreise

Kreis Birkenfeld:

Landtagswahl: CDU 9686, SP 14780, KP 3489, DP 5046; Verfassung: Ja 13023, Nein 18111; Schulbestimmungen: Ja 10961, Nein 18067.

Frankenthal:

Landtagswahl: CDU 2629, SP 4850, KP 1911, DP 839; Verfassung: Ja 2672, Nein 745; Schulbestimmungen: Ja 2191, Nein 7185.

Kreis Frankenthal:

Landtagswahl: CDU 6159, SP 9991, KP 2383, DP 2658; Verfassung: Ja 6387, Nein 14059; Schulbestimmungen: Ja 5348, Nein 13858.

Kreis Germersheim:

Landtagswahl: CDU 13226, SP 8041, KP 1519, DP 1672; Verfassung: Ja 13405, Nein 10180; Schulbestimmungen: Ja 12990, Nein 8315.

Kreis St. Goar:

Landtagswahl: CDU 13232, SP 3788, KP 649, DP 1596; Verfassung: Ja 13747, Nein 692; Schulbestimmungen: Ja 13943, Nein 3459.

St. Goarshausen:

Landtagswahl: CDU 8923, SP 8850, KP 1434, DP 1618; Verfassung: Ja 9417, Nein 10655; Schulbestimmungen: Ja 12997, Nein 7233.

Kaiserslautern:

Landtagswahl: CDU 5466, SP 10408, KP 2610, DP 4043; Verfassung: Ja 8871, Nein 14859; Schulbestimmungen: Ja 4865, Nein 18736.

Kreis Kaiserslautern:

Landtagswahl: CDU 11814, SP 12444, KP 1927, DP 3699; Verfassung: Ja 13595, Nein 10577; Schulbestimmungen: Ja 12997, Nein 17783.

Kreis Kirchheimbolanden:

Landtagswahl: CDU 3234, SP 5681, KP 1294, DP 1688; Verfassung: Ja 3535, Nein 8874; Schulbestimmungen: Ja 2610, Nein 8997.

Kreis Koblenz:

Landtagswahl: CDU 15109, SP 9031, KP 2144, DP 1477; Verfassung: Ja 15929, Nein 10477; Schulbestimmungen: Ja 16139, Nein 8235.

Kreis Kreuznach:

Landtagswahl: CDU 11992, SP 7578, KP 1656, DP 1730; Verfassung: Ja 13020, Nein 8890; Schulbestimmungen: Ja 12178, Nein 7717.

Kreis Ludwigshafen:

Landtagswahl: CDU 4306, SP 4280, KP 1278, DP 1720; Verfassung: Ja 3634, Nein 5031; Schulbestimmungen: Ja 4243, Nein 641.

Kreis Montabaur:

Landtagswahl: CDU 19411, SP 15751, KP 3119, DP 5904; Verfassung: Ja 23259, Nein 14622; Schulbestimmungen: Ja 21190, Nein 18778.

Kreis Neustadt a. d. Haardt:

Landtagswahl: CDU 2697, SP 3753, KP 1889, DP 1239; Verfassung: Ja 2991, Nein 6949; Schulbestimmungen: Ja 2997, Nein 6949.

Kreis Neustadt a. d. Haardt:

Landtagswahl: CDU 11701, SP 14645, KP 2417, DP 4772; Verfassung: Ja 12190, Nein 11198; Schulbestimmungen: Ja 10892, Nein 2968.

Kreis Pirmasens:

Landtagswahl: CDU 5972, SP 7274, KP 2093, DP 1579; Verfassung: Ja 6917, Nein 10894; Schulbestimmungen: Ja 5470, Nein 10973.

Kreis Pirmasens:

Landtagswahl: CDU 14659, SP 8743, KP 1474, DP 1375; Verfassung: Ja 15087, Nein 9671; Schulbestimmungen: Ja 14405, Nein 9718.

Kreis Simmern:

Landtagswahl: CDU 6084, SP 3270, KP 709, DP 4613; Verfassung: Ja 10280, Nein 6052; Schulbestimmungen: Ja 10280, Nein 6052.

Kreis Speyer:

Landtagswahl: CDU 1167, SP 3899, KP 1120, DP 200; Verfassung: Ja 6797, Nein 6260; Schulbestimmungen: Ja 6634, Nein 6260.

Kreis Trier:

Landtagswahl: CDU 15474, SP 7359, KP 1929, DP 2424; Verfassung: Ja 17075, Nein 7929; Schulbestimmungen: Ja 16894, Nein 7190.

Kreis Trier:

Landtagswahl: CDU 20630, SP 4837, KP 1406, DP 1877; Verfassung: Ja 15343, Nein 6861; Schulbestimmungen: Ja 23799, Nein 6861.

Stadt Mainz mit Vororten

Stadtteil MAINZ

		CDU.	SP.	KP.	DP/SV.	Ja	Nein	Ja	Nein
Neutorschule	(Wahlbezirk 1)	407	281	111	140	502	421	301	562
"	(Wahlbezirk 2)	335	452	233	112	411	696	245	807
"	(Wahlbezirk 3)	288	383	211	66	314	608	237	641
"	(Wahlbezirk 4)	489	240	154	43	487	398	410	520
"	(Wahlbezirk 5)	409	341	261	60	461	569	475	590
"	(Wahlbezirk 6)	325	310	279	87	375	579	259	598
Stadthaus	(Wahlbezirk 7)	342	290	159	83	400	356	285	445
"	(Wahlbezirk 8)	352	273	169	79	387	455	280	506
"	(Wahlbezirk 9)	229	244	126	117	302	396	163	500
"	(Wahlbezirk 10)	260	333	89	141	347	481	184	594
"	(Wahlbezirk 11)	380	253	140	117	417	471	248	640
Karmeliterschul.	(Wahlbezirk 12)	305	214	166	58	334	382	226	422
"	(Wahlbezirk 13)	307	194	131	88	371	344	264	401
Realgymnasium	(Wahlbezirk 14)	293	291	113	109	379	427	244	516
"	(Wahlbezirk 15)	228	235	95	120	324	358	179	470
"	(Wahlbezirk 16)	240	222	104	121	348	346	203	453
Leibnizschule	(Wahlbezirk 17)	224	312	125	93	275	446	173	511
"	(Wahlbezirk 18)	218	291	111	75	268	418	181	441
"	(Wahlbezirk 19)	136	275	107	70	199	412	112	459
"	(Wahlbezirk 20)	195	339	121	59	222	480	152	533
"	(Wahlbezirk 21)	161	278	117	63	200	417	118	450
Feldbergschule	(Wahlbezirk 22)	176	339	190	67	220	545	190	580
"	(Wahlbezirk 23)	191	375	174	63	228	589	173	574
Vincenzkrankenhaus	(Wahlbezirk 3a)	133	40	16	2	129	42	112	42
Städt. Krankenhaus	(Wahlbezirk 9a)	285	140	46	24	290	148	243	168
Hildegardis-Krankenh.	(Wahlbez. 11a)	126	27	5	7	130	24	116	32
Bretzenheim und Zahlbach		1329	1434	968	288	1408	2518	1082	2536
Gonsenheim		2325	1623	530	619	2591	2290	1885	2590
Mombach		1267	1819	630	363	1497	2483	1102	2760
Weisenau		996	1270	520	139	1034	1790	750	1843
Gesamtergebnis:		12951	13118	6201	3473	14850	19859	10592	22184

Mainz Land

Ort	Wahlberechtigt	Abgegeb. Stimmen	Gültige Stimmen	Ungültige Stimmen	Landtagswahl				Verfassung		Schulbestimmungen	
					CDU.	SP.	KP.	LP.	Ja	Nein	Ja	Nein
Mainz Stadt	35850	39605	35743	3862	12951	13118	6201	3473	14850	19859	10592	22184
Mainz Land	39246	30741	27025	3716	11069	9789	2737	3460	13049	12640	9034	14963
Bodenheim	2323	1880	1584	296	807	398	196	224	917	575	626	705
Budenheim	2535	2242	1930	312	787	789	246	108	809	1054	641	1083
Dalheim	504	333	293	40	44	161	16	72	70	197	27	237
Dexheim	322	360	339	21	80	126	17	116	176	148	53	261
Dienheim	657	721	653	68	171	351	70	61	208	371	119	405
Dralsheim	367	220	209	11	55	95	41	96	101	21	125	81
Drals	511	415	366	49	247	87	23	10	251	87	234	91
Ebersheim	787	844	592	52	418	151	8	15	404	137	352	141
Eimshausen	330	210	192	18	50	84	2	86	108	70	37	116
Eschenheim	931	553	489	64	178	205	26	79	197	259	77	341
Finthen	2608	2369	2147	246	1103	539	412	93	1176	890	1020	890
Friedenheim	326	237	240	17	112	71	15	42	134	100	97	110
Gau-Bischofsheim	390	340	284	56	210	44	15	15	218	55	190	68
Guntersblum	1854	1542	1234	308	184	733	49	268	309	839	159	980
Hahnheim	420	370	341	29	76	231	12	22	91	238	62	247
Harxheim	393	273	241	32	78	118	11	34	72	176	54	187
Hechtelheim	2717	2368	2164	232	819	884	317	94	913	1145	694	1104
Hillesheim	589	184	162	22	35	64	18	45	56	91	45	94
Kl.-Winterheim	537	436	393	43	305	56	10	22	312	69	293	66
Königsheim	379	287	240	27	86	87	7	60	124	96	58	141
Laubenheim	1601	1402	1221	181	453	524	137	107	470	708	315	777
Lörzweiler	510	403	353	50	289	35	14	15	279	49	246	60
Ludwigshöhe	188	123	117	6	76	17	4	20	84	33	63	41
Marienborn	617	484	417	67	228	133	34	32	243	159	202	197
Mommheim	696	489	445	44	147	110	23	186	189	233	105	307
Nackenheim	1594	1143	938	205	467	335	117	19	472	376	267	396
Nieder-Olm	1634	1375	1188	187	679	329	79	101	764	387	859	424
Nierstein	3286	2369	2088	281	709	830	304	445	1027	918	110	1327
Ober-Olm	1079	768	682	86	345	177	113	44	361	274	302	295
Oppenheim	2912	2558	2376	182	643	1120	280	303	1227	1352	452	1672
Schwarzbach	584	445	406	39	62	141	28	175	203	173	54	354
Selzen	678	519	465	54	83	268	43	71	99	332	43	373
Sörgenloch	370	271	247	24	207	12	18	10	212	32	206	31
Staddecken	769	304	242	62	25	83	18	116	87	155	35	200
Uelversheim	488	289	216	73	84	119	63	119	80	172	84	172
Udenheim	1062	857	763	94	139	765	58	201	276	437	116	589
Wintersheim	399	278	251	21	141	47	14	83	138	79	113	102
Worms	181	119	105	14	30	45	1	31	53	30	10	70
Zornheim	686	520	458	62	240	85	12	21	321	97	264	97

Kreis Worms

Ort	Wahlberechtigt	Abgegeb. Stimmen	Gültige Stimmen	Ungültige Stimmen	Landtagswahl				Verfassung		Schulbestimmungen	
					CDU.	SP.	KP.	LP.	Ja	Nein	Ja	Nein
Worms Stadt	30470	23099	20615	2484	5657	9903	3289	1766	7089	12726	4174	14421
Worms Land:	25802	20271	18418	1853	5628	8831	1080	2801	7235	10141	4274	11897
Abenheim	1204	1065	928	136	965	210	81		623	237	874	208
Altheim	1284	989	934	55	403	251	150	130	423	429	245	538
Bechtelheim	991	793	740	53	366	348	67	79	347	321	269	549
Bornheim	166	120	111	9	9	82	9	41	36	73	3	105
Elshausen	688	511	481	30	116	231	18	116	211	245	108	333
Etelsenheim	587	222	203	19	82	86	10	78	103	79	32	148
Freienstein	646	428	407	21	126	188	21	72	185	187	83	259
Grün-Dürkheim	1353	841	759	225	228	444	31	59	269	380	201	449
Heidesheim	99	70	66	4	6	9	9	4	16	34	6	21
Heidenheim	1837	1626	1495	131	268	1004	146	79	454	822	275	1007
Heinrichsheim	803	611	554	57	194	238	26	106	248	263	128	353
Heinrichshausen	473	368	337	26	273	47	7	10	273	45	264	41
Hörsingheim	914	636	564	72	118	291	85	70	154	365	87	431
Heppenheim a. d. W.	1124	928	759	129	168	606	80	115	239	524	117	582
Hörsing	307	211	196	15	82	83	34	34	309	78	349	105
Heiden-Sülzen	259	226	207	19	51	88	13	50	77	86	63	117
Heiden	276	228	215	13	40	126	10	40	76	117	26	140
Heidenheim	507	341	310	31	108	120	34	53	133	172	89	235
Heiden	297	246	213	33	60	134	3	18	59	144	36	180
Heiden	331	203	178	25	18	41	3	119	96	66	14	150
Heidenheim	734	532	569	64	77	264	50	138	181	362	41	472
Heiden	278	280	261	19	60	107	94	112	129	118	30	179
Heiden-Flörsheim	653	529	485	44	165	235	23	82	186	263	112	310
Heiden	681	601	555	46	61	405	85	54	111	454	81	502
Heiden	2984	2552	2299	253	351	1407	804	297	600	1639	258	1822
Heiden mit Mülheim	2305	2047	1874	173	433	1116	186	159	535	1270	265	1381
Heiden	1055	716	670	46	166	133	53	236	104	434	108	498
Heiden	329	261	226	35	30	123	8	88	120	42	147	
Heiden	1199	967	849	119	279	262	146	131	268	414	211	817
Heiden-Oppenheim	643	576	522	54	326	161	18	21	830	174	282	178

Kreis Alzey

Ort	Wahlberechtigt	Abgegeb. Stimmen	Gültige Stimmen	Ungültige Stimmen	Landtagswahl				Verfassung		Schulbestimmungen			
					CDU.	SP.	KP.	LP.	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Alzey Stadt	4916	4202	3824	378	1329	1518	480	497	1715	2091	972	2657		
Alzey Land:														
Albig	704	369	328	41	69	133	31	95	140	174	51	260		
Armsheim	742	620	594	26	122	201	53	218	301	254	104	436		
Bechenheim	221	162	142	20	35	83	8	16	41	92	25	89		
Bechtolsheim	826	637	595	42	214	148	85	208	238	300	178	359		
Bernersheim	190	142	140	2	69	38	10	23	74	111	30	45		
Biebelnheim	362	260	239	21	72	41	5	121	113	141	30	74		
Blodesheim	273	175	166	9	47	45	5	62	85	68	39	105		
Bornheim	341	212	198	14	51	87	10	50	88	87	34	143		
Dautenheim	244	181	167	14	122	17	5	23	142	21	74	65		
Dintelsheim	89	59	58	1	3	18	21	3	19	22	14	38		
Eckelsheim	285	147	143	4	41	34	13	53	60	45	37	64		
Enshelm	248	153	149	4	43	70	2	34	61	89	47	90		
Eppelsheim	606	473	417	56	142	174	23	78	186	197	43	312		
Erbes-Büderheim	566	439	386	53	293	29	26	38	296	80	273	101		
Eselsborn	201	134	142	12	32	62	7	41	47	87	23	103		
Flomborn	422	339	302	37	120	121	4	87	131	135	64	184		
Flonheim	1167	1016	927	89	104	539	63	232	269	343	111	697		
Frarnersheim	836	697	645	52	266	218	107	54	300	316	165	384		
Frei-Laubersheim	570	381	339	22	142	55	15	126	223	88	124	181		
Freimersheim	344	304	285	19	124	120	8	33	141	130	94	156		
Fürfeld	708	471	426	45	173	94	42	117	246	152	139	240		
Gabsheim	380	328	313	15	294	115	—	4	297	15	274	20		
Gau-Biebelnheim	887	677	622	55	517	67	7	31	545	81	482	64		
Gau-Heppenheim	266	168	154	14	56	52	12	34	79	—	—	—		
Gau-Königsheim	176	147	136	11	7	82	34	13	16	117	2	123		
Gau-Odernheim	1116	882	791	71	181	394	69	147	282	491	97	620		
Gau-Weinheim	283	218	190	28	131	22	9	28	155	34	97	85		
Gumbshausen	172	100	95	5	45	110	4	6	34	53	36	35		
Hangen-Weisheim	251	140	121	19	30	40	—	6	16	64	42	29		
Helmersheim	374	279	244	35	106	35	29	70	153	70	187	137		
Kettenheim	264	196	176	20	50	42	19	65	85	87	49	118		
Lonsheim	285	217	207	10	98	39	12	58	155	51	97	106		
Nack	266	176	163	13	65	27	25	46	92	53	69	82		
Neu-Bamberg	410	305	275	30	116	111	28	37	146	127	98	157		
Nieder-Saulheim	1628	1225	1122	103	389	410	81	242	610	535	288	836		
Nieder-Wiesem	325	266	241	25	13	181	1	22	161	13	191	13		
Ober-Flörsheim	656	432	393	39	196	107	28	42	260	107	177	160		
Ober-Saulheim	410	151	121	30	33	40	16	32	47	60	19	86		
Offenheim	285	197	191	6	69	41	15	66	116	62	64	107		
Partenheim	610	313	285	28	77	93	13	103	150	123	54	209		
Rommersheim	223	163	147	16	13	34	49	39	81	60	24	95		
Schlimshausen	194	160	148	12	74	40	10	24	88	47	61	89		
Schornheim	601	488	472	16	85	239	82	69	137	315	66	370		
Siefersheim	453	312	300	12	105	112	51	32	140	134	91	168		
Spiesheim	465	282	263	19	63	107	3	90	134	116	50	183		
Stein-Bockenheim	284	182	169	13	17	89	13	70	69	82	9	123		
Sulzhelm	398	317	293	24	273	20	—	5	268	29	253	26		
Tiefenthal	79	61	57	4	40	11	—	38	12	108	62	139		
Udenheim	477	274	238	36	96	66	31	45	122	108	62	139		
Uffhofen	310	234	209	25	73	69	30	37	95	110	57	128		
Vendersheim	271	186	181	5	76	30	1	74	143	32	78	93		
Wahlheim	256	192	179	13	45	81	6	47	83	93	37	127		
Waltherheim	468	308	285	23	135	205	37	83	185	265	87	319		
Weinheim	720	561	530	31	222	269	53	13	213	246	202	298		
Wendelsheim	663	532	510	22	182	186	50	92	245	232	136	325		
Wöllstein	1135	920	854	66	302	222	166	164	413	393	246	555		
Wörstadt	1544	1249	1106	143	491	486	33	96	534	508	294	706		
Wolfheim	336	250	228	22	81	41	12	92	157	65	63	156		
Wonsheim	398	250	233	17	25	51	18	139	136	84	30	182		

Auf der Suche nach den Vermissten

Der Vermissten- und Flüchtlings-Suchdienst der französischen Zone arbeitet

Im Rahmen der Zusammenkunft der deutschen Presse in Baden-Baden erstattete der Leiter des Vermissten- und Flüchtlings-Suchdienstes der französischen Besatzungszone, Direktor Heliemeyer, Bericht über die Arbeit dieses Suchdienstes.

Ca. Über 109 000 Militärpersonen sind in den Ländern Rheinland-Pfalz, Südbaden und Württemberg-Hohenzollern als vermisst gemeldet. Diese Zahl ist noch nicht endgültig. Sie wurde auf Grund der Meldungen zusammengestellt, die bis jetzt bei den öffentlichen Dienststellen eingegangen sind. Noch nicht fest steht die Zahl der vermissten Zivilpersonen. Man schätzt sie auf etwa 8000.

Wieweil Not und Sorge verbergen sich hinter diesen nüchternen Zahlen. Um so wichtiger ist die Notwendigkeit geworden, einen zentralen Suchdienst einzurichten. Durch Verfügung der Militärregierung vom 11. Dezember 1946 hat man unter diesen Gesichtspunkten den „Vermissten- und Flüchtlings-Suchdienst der französischen Besatzungszone“ mit dem Sitz in Rastatt/Baden gegründet, der nunmehr seine Tätigkeit aufgenommen hat.

Dieser Dienst in Rastatt stellt die oberste Spitze der weitestgehenden Suchdienste in der französischen Zone dar, nachdem eine Anzahl privater Suchstellen ihre Arbeit einstellen mußte. Bestehen geblieben sind vor allem die Suchstellen der karitativen Verbände. Sie haben ihre Arbeitsmethoden allerdings den technischen Anweisungen anpassen müssen, die das zentrale Büro in Rastatt gibt.

In den Darlegungen, die Direktor Heliemeyer in seiner Eigenschaft als Leiter des Vermissten- und Flüchtlings-Suchdienstes der französischen Besatzungszone gab, sind die Erfolge voll anerkannt worden, die gerade die karitativen Verbände in den vergangenen zwei Jahren auf diesem Gebiet verzeichnen konnten.

Mit der Neuerrichtung des Suchdienstes in Rastatt hat man die Verantwortung für diese so wichtige Arbeit fast ausschließlich in die öffentliche Hand gelegt. Regionale Zentralbüros sind eingerichtet worden in Koblenz für Rheinland-Hessen-Nassau (Landeskommissar für

Flüchtlingswesen, Hindenburgstraße 10, in Neustadt a. d. H. für die Pfalz (Suchdienstzentrale für Vermisste der Provinzialregierung), weiter in Saarbrücken für das Saargebiet, in Freiburg für Südbaden und in Tübingen für Südwürttemberg.

Die Suche nach den Vermissten ist eine Angelegenheit der Gesamtheit des Volkes. Aus diesem Grund sind auch die Auskünfte, die die regionalen Suchdienste und die Rastatter Zentrale erteilen, für die Antragsteller kostenlos. Die entstehenden Kosten müssen die Länder der französischen Zone anteilmäßig übernehmen.

Zunächst sollen alle vermissten Militär- und Zivilpersonen der Zone zentral erfasst werden. Mit der Aufstellung einer umfangreichen Kartei will man noch in diesen Tagen beginnen. Um so notwendiger ist es, daß die Bevölkerung des Einwohner-Meldeamtern oder den speziell dazu eingerichteten Stellen alle erforderlichen Angaben macht.

Noch eine zweite Kartei wird aufgestellt. Die Elternkinderkartei wird angewiesen, Vernehmungen durchzuführen, um Auskünfte über solche Personen zu erhalten, die mit Heimkehrern in ein und demselben Lager waren, von denen Angehörigen aber noch keine Nachricht haben. Gleichzeitig wird angestrebt, diejenigen Personen zu erfassen, die in Lagern verstorben sind, aus denen Heimkehrer entlassen wurden.

Auch eine Kartei aller noch nicht zurückgekehrten Kriessgefangenen ist vorgesehen. Ebenso sollen alle Wehrmachtsträger schnellstens erfasst werden, die sich im Gebiet der französischen Besatzungszone befinden. Der größte Teil dieser Gefangenen, wie Direktor Heliemeyer unterstrich, den Angehörigen noch nicht bekannt. Und schließlich hat es sich der Vermissten- und Flüchtlings-Suchdienst auch zur Aufgabe gesetzt, die elterlosen Kinder zurückzuführen, die sich noch in der französischen Zone befinden. Die tatsächliche Zahl der elterlosen Kinder steht noch nicht fest. Auch auf dieses Gebiet ist die neue Organisation berufen, gegenseitige Arbeit zu leisten.

Außenpolitische Unterhaus-Debatte

Bevin sprach erneut zur Lage / Ein Spanien-Bericht

London. (BBC.) Im Unterhaus ergriff der britische Außenminister Bevin zum zweiten Male in der außenpolitischen Debatte das Wort. Er übernahm dabei die Verantwortung für die britische Außenpolitik, die er als Mitglied des Kabinetts im Namen der Regierung vertritt. Bevin sprach über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten, die er als „die wichtigste Beziehung“ bezeichnete. Er erwähnte auch die Lage in Spanien, die er als „eine der wichtigsten Fragen der Welt“ bezeichnete.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kritisierte Bevin die Haltung der Weizsäcker-Regierung in der Pressefreiheit, die er als „eine der wichtigsten Fragen der Welt“ bezeichnete. Er erwähnte auch die Lage in Spanien, die er als „eine der wichtigsten Fragen der Welt“ bezeichnete.

London. (Südena.) In der Debatte im Anschluß an Bevin Rede berichtete der Abgeordnete der Arbeiterpartei, Follick über die Spaniensituation und betonte, daß es in diesem Rahmen ging um die politische Lage Spaniens. Man könne nicht gerade sagen, erklärte er, daß General Franco verhaftet sei, das Volk nicht vielmehr seine Abneigung und Versagung auf

die Falange. Follick hielt den Kronprinzen Don Juan für den einzigen möglichen Nachfolger des Caudillo und hob in seinem Bericht über die zahlreichen Unterdrückungen, die er mit Don Juan in Portugal gehabt habe, besonders die Stellungnahme der Kronprinzen für die Frage der Gewerkschaften hervor, die er „in dem heutigen Wirtschaftsleben als unbedingt erforderlich“ bezeichnete. Follick habe dem Kronprinzen erklärt, daß er, wenn er das Kommando übernahm, während der Übergangsperiode mit dem Caudillo zusammenarbeiten würde, wenn damit aus der Diktatur auf friedlichem Wege ein konstitutionelles Regime geschaffen werden könnte. Don Juan habe darauf geantwortet: „Was hier das einzige Hindernis für die Errichtung der konstitutionellen Monarchie liegt, sei es sogar dazu bereit.“

USA-Regierung kauft Getreide für die Doppelzone

BBC. Washington. Nach dem dringenden Appell „Mehr Lebensmittel für Deutschland“ durch den amerikanischen Militär-gouverneur in Deutschland, General Clay und durch den stellvertretenden Militär-gouverneur der britischen Zone, General Robertson, ist die amerikanische Regierung wieder als Käufer auf dem Chicagoer Getreidemarkt aufgetreten und hat bereits 50 000 Bushel Getreide gekauft, um den drohenden Brotmangel in der britischen und amerikanischen Zone abzuwenden.

Das Gleichgewicht der Flotten

US-Admiral Nimitz Stellungnahme

Washington. Wie die „Nouvelles de France“ berichten, hat Admiral Nimitz, der Chef der amerikanischen Kriegsmarine, in einer Denkschrift erklärt, daß der Friede und die Sicherheit der Welt vom Gleichgewicht der Kräfte abhängig seien, in dem die englische und die amerikanische Kriegsflootte Seite an Seite blieben müßten. Jede Schwächung der britischen Seemacht müsse durch eine Vergrößerung der amerikanischen Flottenkräfte ausgeglichen werden. Über die Spaniensituation und betonte, daß es in diesem Rahmen ging um die politische Lage Spaniens. Man könne nicht gerade sagen, erklärte er, daß General Franco verhaftet sei, das Volk nicht vielmehr seine Abneigung und Versagung auf

Gewerkschaften und Wahlen

Eine Zuschrift

Von den nachstehend unterzeichneten Mitgliedern der Mainzer Einheitsgewerkschaft wurde uns folgendes Schreiben zugesandt, woraus wir aus Gründen der Loyalität im Originaltext wiedergeben:

„Die Einheitsgewerkschaften haben in ihren Sitzungen ausdrücklich ihre politische Neutralität festgelegt. Trotzdem fällt der Ortsrat der Gewerkschaften von

Mainz in der Allgemeinen Zeitung vom 11. Mai 1947 gegen den Protest der ehemaligen christlichen Gewerkschaftler eine Stellungnahme zu den Wahlen veröffentlicht. Es mit der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften nicht zu vereinbaren ist.

Die gesamte christlich eingestellte Arbeitnehmerschaft erklärt, daher, daß sie mit dieser Veröffentlichung unter keinen Umständen einverstanden war. Es ist festzustellen, daß bei diesem Aufruf an die Gewerkschaften ein großer Namensaufruf vorgenommen wurde. Alle auf christlichen Boden stehenden Arbeitnehmer bejahen die Forderung der Gewerkschaften, daß sie in ihrem Wirtschaft- und sozialpolitischen Teil ein großer Fortschritt gegenüber früheren gesetzlichen Regelungen zu verzeichnen ist. Außerdem wird das kommende Parteipolitikgesetz das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in entscheidenden Punkten festlegen. Die in den Einheitsgewerkschaften organisierten christlichen Arbeitnehmer werden daher ihre Einstellung gegenüber den Einheitsgewerkschaften einer Revision unterziehen müssen.“

Die christlichen Gewerkschaftler in der Einheitsgewerkschaft:
Eisenhauer, Diefenbach, Döhl, Diehl, Möller
Dr. Koch, Universitäts-Professor
Malin (Bgr. Bericht) Vizepräsident Dr. Koch, Oberrichterpräsident der Pfalz wurde als Professor der Kunstgeschichte an die Johannes-Gutenberg-Universität nach Mainz berufen. Vizepräsident Dr. Koch ist als Leiter der Hessischen Stüßerkommission von Rheinland-Pfalz bekannt geworden.

Gewerkschaftsleben

Akademie für Gemeinwirtschaft

Eine Gründung von Gewerkschaften und Genossenschaften

AZ. Neben den politischen und sozialen Aufgaben erfüllen die Gewerkschaften seit ihrer Gründung auch weitgesteckte Ziele der kulturellen und geistigen Arbeit an ihren Mitgliedern. Sie knüpfen dabei an die Traditionen der Arbeiterbildungsvereine an, die in der Frühzeit der Arbeiterbewegung das erste Sammelbecken einer Höherentwicklung des Arbeiterstandes waren. In zahlreichen eigenen Bildungsstätten schufen sich die Gewerkschaften vor 1933 ihren Nachwuchs für die verantwortliche Arbeit in führenden Stellen.

Bald nach der organisatorischen Gründung der neuen Gewerkschaften wurde in allen Zonen diese Bildungsarbeit wieder begonnen. Die Gewerkschaften beteiligten sich maßgebend an der Errichtung von Volkshochschulen. In besonderen Kursen werden Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte unterrichtet.

Nach der Wiedereröffnung der „Akademie der Arbeit“ wird nun auch in Hamburg im Herbst dieses Jahres eine „Akademie für Gemeinwirtschaft“ eröffnet werden. Für dieses Institut sind die Ge-

werkschaften, die Konsumgenossenschaften und der Senat der Stadt Hamburg. Ähnlich wie die „Akademie der Arbeit“ der Frankfurter Universität, so ist die „Akademie für Gemeinwirtschaft“ der Universität Hamburg angegliedert. In der Höhe der zugelassenen Studenten unterliegt jedoch keiner Beschränkung. Ein Kuratorium unter dem Vorsitz von Senator Landahl bestimmt die Zusammensetzung des Lehrkörpers der Akademie, den Lehrplan, sowie die Forschungsaufgaben und das Ziel der akademischen Arbeit. Das Kollegium setzt sich aus fünf hauptamtlichen Professoren zusammen, die besonderen Wert auf den Ausbau von Seminaren legen, um Lehrern und Studierenden einen engen Kontakt zu ermöglichen.

Mit der Akademie verbunden ist ein Internat, das in den beiden ersten Semestern 60 Studenten aufnehmen kann. In den ersten zwei Semestern soll in einem Schnell-Lehrkurs das Notwendige hauptamtliche Personal für die Gewerkschaften und Genossenschaften ausgebildet werden. Vom zweiten Lehrjahr ab sind ins-

gesamt vier Semester für die Ausbildung vorgesehen. Die beständige Schulprüfung an der Akademie berechtigt zum Weiterstudium an der Universität.

Die Schüler der Akademie werden zu je einem Drittel von den Gewerkschaften, den Genossenschaften und dem Senat bestimmt. Für die Letzteren ist die Reifeprüfung Vorbedingung zur Aufnahme. Die von den Gewerkschaften und Genossenschaften benannten Studierenden sind an die Ablegung einer Reifeprüfung nicht gebunden, da es sich bei diesen um Männer aus der Praxis handelt, die durch Lebens- und Berufserfahrung in den Gewerkschaften oder Genossenschaften die Gewähr dafür bieten, das Studium an der Akademie erfolgreich durchführen zu können. Die Kosten für das Internat trägt die Akademie.

Nach den bisher getroffenen Vereinbarungen werden auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften Schüler an die Akademie entsenden, obwohl sie auf einer anderen soziologischen Grundlage als die Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften aufgebaut sind. Auch werden die Baugenossenschaften sich der Bildungsmöglichkeiten der Akademie bedienen. Mit der Errichtung der Akademie wird ein weiterer Schritt zur Wiedererrichtung eines landwirtschaftlichen Bildungswesens, nun aber auf neuer und umfassender Grundlage geschaffen werden.